

Gewissen

30 Pfennige

Achter Jahrgang — Nummer 51

Berlin, Montag, den 20. Dezember 1926

Außenpolitische Notgemeinschaft

Der Opposition ist ein taktischer Schlag gelungen, den die Reichsregierung kaum erwartet hatte. Während man bisher annahm, daß die Mittelparteien ihre Stärke aus ihrer primär-taktischen Einstellung herleiteten, und die Flügelparteien auf beiden Seiten, auf dem deutsch-nationalen sowohl wie auf dem sozialdemokratischen Flügel mit ihrer Taktik darum nicht konkurrieren konnten, weil sie über ihre Programme, über ihre Grundsätzlichkeiten stolpern, die sie erstler nahmen als es das parlamentarische System erlaubt, hat die jetzige Lage gezeigt, daß die Deutsch-nationalen bereit sind und auch dazu fähig, eine taktische Konsequenz durchzuführen. Der Vorstoß Schmidemanns hatte eine günstige Chance dafür ergeben. Sein unerträgliches Agitatorenentremolo hatte sich bis zum Landesparlament gesteigert und hatte den Zweck der Sozialdemokratie verfehlt, gleichzeitig regierungstüchtig wie regierungsanziehend zu wirken. Ganz von selbst ergab sich aus dieser abschreckenden Wirkung eine gewisse Annäherung der Mitte nach rechts hin, der Josef Wirth versuchte, nach Möglichkeit zu begnügen. Dem entsprach auch die Einstellung des Kanzlers Marx, der den Reichspräsidenten in diesem Sinne orientierte. Die Rechte stellten ihre Forderung und zog aus der Ablehnung Konsequenzen, mit denen die Reichsregierung nicht gerechnet hatte.

Die Regierungskoalition hatte sich trotz ihrer numerischen Bedrohung doch bis zuletzt stark gefühlt infolge der führenden und nach jeder Richtung hin zwingenden Stellung des Zentrums, stark aber auch infolge der genfer Ergebnisse des Außenministers. Man war darauf gefaßt, daß Stresemann der Mann war, seine genfer Erfolge politisch aktiv auszuwerten. Nun hatte bereits Professor Hoegsch im „Tag“ die Ergebnisse sehr viel negativer bewertet, als man es gerade von ihm erwartet hätte. Hoegsch hatte die ungünstige taktische Lage analysiert, die sich jetzt für die weiteren außenpolitischen Verhandlungen für Deutschland ergibt. Hoegsch hatte auch behauptet, daß Stresemann den Zweiflungsplan mit den „Geißelungen des Rates“ am 11ten Dezember angenommen habe, Frankreich könne mit dem Ergebnis zufrieden sein, und es sei auch nicht klar, was Polen versprochen worden sei. Daß England seine entscheidende Position wieder durchgesehen hat, ist für jeden nüchternen Betrachter der Lage ersichtlich. Stresemann, als gewiegter parlamentarischer Kontinier, ist geneigt, gerade die parlamentarische Kombination nicht zu ernst zu nehmen. Er „kennt den Schwindel“. Er weiß, wie es gemacht wird. Er nimmt auch die Flügelparteien im Reichstage so wenig ernst, daß er durch das dauernde Doppelspiel von Koalitionsangeboten nach links und nach rechts die eigene Unabhängigkeit des Minderheitenkabinetts sicherzustellen geglaubt hatte.

Die Deutsch-nationalen haben jetzt sowohl dem Außenminister wie dem Zentrumstanzler einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der bekannte Ausspruch des deutsch-nationalen Abgeordneten Lambach, des politischen Führers des rechten Flügels der christlichen Gewerkschaften in der vorletzten Nummer der „Politischen Wochenschrift“ hatte wohl auch etwas einflussend gewirkt. Lambach hatte zum ersten Male ganz offen erklärt, daß das Zentrum unbestreitbar die stärkste politische Machtposition im parlamentarischen Feinde sei. Lambach hatte gesagt, daß Erzberger und Wirth zur rechten Zeit erkannt hätten, daß im Zentrum für links wie für rechts der Schlüssel zur politischen Gesamtsituation liege. Wenn dieser Ausspruch Lambachs etwas anderes bedeutet als ein taktisches Exerzium, wenn er den Zweck hatte, dem Zentrum gegenüber eine gewinnende

Diese (51ste) Folge

des „Gewissen“ erscheint als letzte des Jahrgangs 1926. Die erste Folge des neunten Jahrgangs erscheint am Freitag, dem 11ten Dezember mit dem Datum vom Montag, dem 3ten Januar. — Der Bezugspreis des „Gewissen“ beträgt eine Mark monatlich, wenn die Bestellung beim eigenen Postamt erfolgt; 1,25 Mark monatlich, wenn die Bestellung beim Verlag erfolgt (Streifenbandbezug). Die Post nimmt nur Bestellungen für einen Monat entgegen. Der Verlag im Allgemeinen nur Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahresbestellungen.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 30, Mohrstraße 22.

Aus dem Inhalt:

- Außenpolitische Notgemeinschaft
„Hinein in den Staat!“
- Radikale Arbeiterbewegung in
Deutschland?
- Die Zerschlagung der Studenten-
schaft
Von Walther Schulz
- Philister über die!
Von Dr. Lenore Kühn
- Zur Frage des Krediteinkaufs
Von Hermann Hinrichs
- Kritik der Presse

Achtungszettel darzustellen, dahinter aber die Absicht stand, dem Zentrum nicht nachzulassen, sondern es durch eigene, selbständige Taktik zu zwingen, so ist das ebenso anerkennenswert, wie es nach den Erfahrungen, die wir mit der Rechten gemacht haben, etwas Neues bedeutet. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, daß man nicht in taktischen Ideen bleibt, sondern an die politische Aufgabe selbst herangeht, die bei der Bildung eines neuen Kabinetts zu berücksichtigen ist. Die Lage ist ähnlich wie 1924 vor Eintritt der Deutsch-nationalen in die Reichsregierung. Sie ist ganz anders außenpolitisch, sie ist aber auch innenpolitisch anders, weil der Bruch der Mitte mit der Sozialdemokratie im Augenblick ein sehr eklatanter ist. Von den verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten braucht hier nicht gesprochen zu werden. Aber man muß verlangen, daß die Deutsch-nationalen auf politische Initiative eingestellt sind und sie vorbereitet haben. Wenn sie wiederum den Mut zur eignen Kurage verlieren, kann man auf eine sehr schwierige Entwicklung gefaßt sein, die zunächst sich dilatorisch hinschleppen wird. Immerhin fürchten wir weniger hinsichtlich der Taktik des parlamentarischen Handelns als bezüglich der Klarheit der politischen Kurstrichtung. In dem unsinnigen Verlaufe des parlamentarischen Betriebes ist für sämtliche Parteien die Freiheit des staatsmännischen Planens und Handelns verloren gegangen. Wehe, wenn das jetzt weiter für eine Regierung der Fall bleiben sollte, die unter Einbeziehung der Deutsch-nationalen sich bilden sollte!

Die gefährliche Wendung, die jetzt in Genf in Erscheinung getreten ist, hat Professor Hoegsch in seinem Aufsatz nicht ausgesprochen. Es handelt sich um die Frage der neuen politischen Aktivität Englands, das solange sich Zeit genommen hat, seine weltpolitischen Angelegenheiten zu regeln, um sich jetzt mit voraussichtlich starker Energie auf die kontinentale Frage zu werfen. Die sogenannten Kontinentalpolitiker in Deutschland waren ja von vornherein von allen guten Geistern verlassen, um die deutsche Sorge zu erkennen, die die von England drohende Gefahr nicht weniger ernst nimmt, als die französische. Es sollte erkannt werden, daß die Führung des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland seine Zentrale drüben hat, jenseits des Kanals, in der londoner City, wo auch der deutschfreundliche Geschäftsmann, dessen Einkaufsgeschäft in deutscher Arbeit seine Stütze hat, im Grunde nicht anders denkt, als: damned him! Schicksal gemacht mit der Konkurrenz auf dem Kontinent, mit Deutschland!

Wäre diese Erkenntnis bereits heute bei den Parteien lebendig, so würde die Bildung einer außenpolitischen Notgemeinschaft sich auch auf parlamentarischem Wege leichter vollziehen lassen, als wenn man, wie bisher, sich ausschließlich von dem Zwang der taktischen Lage bestimmen läßt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß gerade die Deutsch-nationalen unter einem doppelten Zwange jetzt handeln müssen, entweder vorzustößen oder — mit einer Reichstagsauflösung rechnen zu müssen.

„Hinein in den Staat!“

Vor einem Jahre hieß die „aktuelle“ Parole: Wirtschaftsdiktatur. Heute heißt sie: Hinein in den Staat! Das wertvollste an dieser Parole ist die Erkenntnis und das Eingeständnis, daß alle stillen Hoffnungen auf eine erfolgreiche Gegenrevolution oder einen „Zusammenbruch des herrschenden Systems“ oder auf einen Sieg eines deutschen Nationalismus nunmehr reitlos abgeschrieben worden sind. Natürlich gibt es noch Leute, die sich mit derlei Hoffnungen über die Bedeutungslosigkeit ihrer Person und ihrer Bestrebungen hinwegtäuschen versuchen. Aber daß außerhalb ihrer Kreise diese Bedeutungslosigkeit erkannt und zugegeben wird, das ist immerhin ein Gewinn.

Es hat keinen Zweck, acht Jahre nach einer Revolution die durch sie emporgetragene Herrschaft, die — mitunter zwar nur mit knapper Not und in kritischen Tagen weniger durch eigenes Verdienst als vielmehr dank der Unfähigkeit ihrer Feinde — aber immerhin tatsächlich sich behauptet hat, mit dem Argument bestreiten zu wollen, daß sie durch Unrecht zur Macht gekommen sei. Und wenn gewiß ein Rechtsbruch nicht dadurch seinen Charakter als Unrecht verliert, daß er ungeführt bleibt, so verliert die Position der Ankläger doch ihre eigentliche Grundlage, wenn die direkt Betroffenen sich mit der neuen Lage abgefunden haben. Ein Unrecht, das nicht mehr lebendig erhalten wird, büßt den Anspruch auf Wiedergutmachung ein. Wenn die zur Abhandlung gezwungenen Richter ihren Protest gegen die ihnen zugesagte Rechtsverletzung lebendig erhalten wollen, dann dürfen sie keine Absindungen annehmen. Daß sie es taten, daraus kann ihnen menschlich kein Vorwurf gemacht werden. Aber man muß auch sehen, daß durch ihr Verhalten der Gegenrevolution der Boden des „guten alten Rechts“ entzogen worden ist.

Die Parole „Hinein in den Staat!“ kann also nicht mit der Erwägung abgelehnt werden, daß sie den Rechtsboden verlasse. Sie ist vielmehr zu beurteilen nach dem Werte, den sie unter dem Gesichtspunkte politischer Zweckmäßigkeit besitzt. Und weil sie nun so wenig eindeutig ist, daß sie den verschiedenartigsten inhaltlichen Bestimmungen Raum gibt, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß mit ihr in die politische Arbeit mehr Verwirrung als Klarheit hineingetragen worden ist.

Die Deutung, welche ihr der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, bei der Gründung der „Staatspolitischen Vereinigung“ gegeben hat, ist einfach und brutal. Er sagte, daß man in Amerika die Lösung gefunden habe, wie wir sie heute annehmen wollen: die Einwirkung auf die Parteipolitik durch Geld. Das ist ein einfaches und vielleich — wenigstens für die eigentlichen Gründer der „Staatspolitischen Vereinigung“ — erfolgreiches Rezept: man will die Gefesgebung kaufen. Ganz neu ist freilich dieses Rezept auch in den deutschen Verhältnissen nicht, Industrie- und Handelstreife haben es schon vor dem Kriege angewendet gemußt. Ob es auch von der Landwirtschaft mit Erfolg angewendet werden könnte, ist schon zweifelhaft. Daß seine Anwendung für diejenigen politischen Aufgaben, welche das deutsche Volk als die wichtigsten und für seine Zukunft entscheidend den ansehen muß, keinen Nutzen versprechen kann, ersatz bei uns wenigstens als außer allem Zweifel.

Voraufl nämlich im letzten Grunde geht es, die Korruption des herrschenden Systems. Parat Methode brauchte keineswegs als unter allen Umständen verderblich angesehen zu werden, dann nämlich nicht, wenn dahinter ein bestimmtes Ziel der Errichtung einer neuen Staatsordnung stände. Ein solches Ziel ist aber nicht vorhanden, wenn die Absicht lediglich dahin geht, die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit gegen unbequeme Einwirkungen von Seiten des Staates zu sichern. Das gleiche Bedenken nun richtet sich gegen andere Versuche, in das bestehende Herrschaftssystem Eingang zu gewinnen. Der Gedanke, neue Parteien zu bilden, die natürlich besser sein sollen als die bestehenden, der andere Gedanke, sich durch die Befegung von Mandaten, Verwaltungs- und Ministerposten für bestimmte politische Richtungen Einfluß zu verschaffen, die Meinung also, den Staat gewissermaßen von unten her zu erobern und mit neuem Geiste zu erfüllen, diese Meinung kann sehr ehrlich sein, aber sie ist zur Er-

Schule der Politik

In dieser Woche gelangten an die Beziesher der „Schule der Politik“ zum Versand der fünfzehnte Brief „Deutsches und römisches Recht“, und der sechzehnte Brief „Geld — Kredit — Zins“.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 30, Mohrstraße 22.